

# Kliniken fordern Ende des Spardiktats

Auch im kommenden Jahr werden die Einnahmesteigerungen der bundesweit knapp 2.100 Kliniken um mehr als eine halbe Milliarde Euro gekappt, so will es das GKV-Finanzierungsgesetz. DKG-Präsident Dr. Rudolf Kösters läuft dagegen Sturm: Die Koalition in Berlin müsse das neuerliche Sparopfer noch mit der Verabschiedung des Versorgungsstrukturgesetzes zurücknehmen.

## von Bülent Erdogan-Griese

Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Dr. Rudolf Kösters, hat die Bundesregierung aufgefordert, die mit dem GKV-Finanzierungsgesetz von 2010 beschlossenen Kürzungen bei den Kliniken für 2012 zurückzunehmen: Konkret geht es um einen Sparbeitrag der Krankenhäuser von weiteren rund 600 Millionen Euro, den die Koalition zur Stabilisierung der Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen hatte. Der Betrag kommt durch eine Begrenzung der Preissteigerung für Klinikleistungen sowie Abschläge für Leistungen zustande, die über den mit den Kassen vereinbarten Budgets liegen. Für die 200 Kliniken in Nordrhein dürfte sich der Sparbeitrag nach Angaben der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen auf circa 75 Millionen Euro belaufen.

„Die GKV ist mehr als saniert und schwimmt im Geld“, sagte Kösters auf dem 34. Deutschen Krankenhaustag, der Mitte November wie üblich im Rahmen der Medica in Düsseldorf stattfand. Inzwischen beliefen sich die Rücklagen der GKV auf 30 Milliarden Euro, rechnete Kösters vor, 15 Milliarden Euro lagerten im Gesundheitsfonds, die andere Hälfte bei den Krankenkassen selbst. Währenddessen müssten die Kliniken mit einer Steigerung von fünf Prozent bei Personal und Sachkosten rechnen. Zudem gelte es, Maßnahmen zur Verbesserung der Patientensicherheit, Infektionsschutz und Qualität zu finanzieren. Insgesamt drohe eine Unterdeckung der Kliniken von bis zu zwei Milliarden Euro, so Kösters.



Die immer neuen Sparrunden der Politik haben die Grenze des Erträglichen längst überschritten, so Dr. Rudolf Kösters, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft  
Foto: Archiv

Die rund eine Million Beschäftigten in den Krankenhäusern seien an ihre Belastungsgrenze gekommen, mahnte Kösters. Die Effizienzspirale könne sich nicht unendlich weiterdrehen, Kostendämpfung dürfe nicht zum Selbstzweck mutieren. Der DKG-Präsident forderte die Koalition auf, das Sparopfer von 600 Millionen Euro noch mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz zurückzunehmen, das in diesen Tagen den Bundestag passieren soll.

## Häuser stoßen an ihre Grenzen

Unterstützung erhielt Kösters von der rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerin Malu Dreyer (SPD). Die Krankenhäuser stünden inzwischen „mit dem Rücken an der Wand“, sagte sie. Auch ihr schleswig-holsteinischer Amtskollege Dr. Heiner Garg (FDP) sieht die Belastungsgrenze der Kliniken inzwischen als erreicht an. „65 bis 70 Prozent der Kosten in den Kliniken sind Personalkosten.“ Klinikträger und Beschäftigte benötigten Verlässlichkeit und eine Perspektive, anderenfalls seien die Bemühungen zum Scheitern verurteilt, mehr Menschen für eine Tätigkeit in diesem Sektor zu gewinnen.

Der CDU-Gesundheitspolitiker Jens Spahn lehnte die Forderung Kösters' ab. Niemand in der Koalition wache morgens auf und überlege sich, „wie können wir die Beschäftigten in den Krankenhäusern ärgern?“ Es gehe um einen Ausgleich der Interessen von Versicherten, Patienten und Beschäftigten im Gesundheitswesen. Spahn forderte Kliniken und Länder auf,

ihre Bemühungen um Strukturveränderungen zu intensivieren. So könne es sinnvoll sein, ein Krankenhaus zu schließen und die freiwerdenden Kapazitäten in einer anderen Klinik zu bündeln. Immer nur neues Geld zu fordern, „kann nicht die richtige Antwort sein“, so Spahn. Zupass dürfte ihm eine zeitgleich mit der Eröffnung des Krankenhaustags veröffentlichte Studie des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE) kommen, die das Sparpotenzial der Kliniken durch einen effizienteren Energieeinsatz ([www.vde.de](http://www.vde.de)) bei ebenfalls 600 Millionen Euro im Jahr sieht. Immerhin deutete Spahn an, dass die Koalition den Kliniken mit Blick auf die Tarifsteigerungen für die Klinikärztinnen und -ärzte unter die Arme greifen könnte – dies allerdings erst 2012.

Kompromissbereitschaft gegenüber der Opposition zeigt Schwarz-Gelb offenbar bei der Frage der Schließung von Arztpraxen in überversorgten Bezirken: Statt des im Gesetzentwurf ursprünglich geplanten Vorkaufsrechts für die Kassenärztlichen Vereinigungen sollten nun die Zulassungsausschüsse vorab entscheiden, ob ein Arztsitz wiederbesetzt wird. Falls nicht, soll die Praxis von der jeweiligen KV zum Verkehrswert aufgekauft werden, sagte Spahn.

Harsche Kritik musste sich Spahn auch von Seiten der Pflegenden anhören: Nach den Worten von Irene Maier, Pflegedirektorin des Universitätsklinikums Essen, steuert die Bundesrepublik in den kommenden Jahrzehnten auf einen gigantischen Mangel an Pflegekräften zu. So seien bis zum Jahr 2050 rund 800.000 zusätzliche Pflegekräfte nötig, um die Zahl der Pflegebedürftigen von dann 4,5 Millionen versorgen zu können. Heute sind es 2,2 Millionen Menschen. Doch statt neue Pflegekräfte einzustellen, hätten allein die Kliniken in den vergangenen zehn Jahren knapp 27.000 Vollzeitstellen abgebaut, kritisierte Maier. Sie forderte die Regierung auf, für eine bessere Vergütung von Pflegenden zu sorgen und diesen im Rahmen einer Substitution bisher Ärzten vorbehaltenen Leistungen eigenständige Kompetenzen in der Patientenversorgung einzuräumen.